

Newsletter

Editorial

Liebe Leser_innen,

Rassismus in Deutschland ist Normalität und muss benannt werden. Jede_r fünfte Deutsche hat eine klar ausländerfeindliche Einstellung, jeder zweite Angst vor Überfremdung - das besagen Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Universität Bielefeld. Dennoch wird Rassismus nicht als gesamtgesellschaftliches Problem wahrgenommen. Dabei ist rassistische Diskriminierung alltäglich. In der Schule, am Arbeitsplatz, in öffentlichen Verkehrsmitteln, auf der Straße, auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt. Das Ergebnis der aktuellen „Mitte“-Studie der Universität Leipzig zeigt, dass Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland immer noch weit verbreitet sind.

Bedrohlich ist das gesellschaftliche Klima aktuell vor allem für Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte. Sie sind oftmals nicht nur mit menschenunwürdigen Lebensbedingungen und unüberschaubaren Behördenvorgängen konfrontiert, sondern zudem rassistischen Anfeindungen und Übergriffen ausgesetzt. Rassistische Pöbeleien, Körperverletzungen, Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Sachbeschädigungen, feindliche Kundgebungen und Demonstrationen. Aktuelle Vorfälle wie der Brand des geplanten Asylbewerberheims in Tröglitz beweisen die Aussage des Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts Reiner Haseloff: „Es handelt sich um ein bundesweites Problem.“

Gleichzeitig haben Aktionen von selbstorganisierter Flüchtlingsbewegungen und etablierten Flüchtlingsorganisationen sowie ehrenamtliches Engagement aus der Bevölkerung viel positive Resonanz gefunden. Das ist eine gute Entwicklung für eine antirassistische und integrative Flüchtlingspolitik, die es vor allem

von Seiten der Politik zu stärken gilt!

Zunehmend machen viele Menschen ihre alltäglichen Rassismuserfahrungen öffentlich, in Blogs oder auf Twitter-Hashtags, aber auch in dem sie Beratungsstellen aufsuchen und sich rechtlich gegen rassistische Diskriminierung wehren. Asylsuchende organisieren sich zunehmend und machen selbstbestimmt auf ihre Situation aufmerksam und tragen ihre Forderungen auf ein menschenwürdiges Leben in die Öffentlichkeit.

Aber auch die Beiräte für Migration und Integration engagieren sich vor Ort stark im Bereich Flucht und Asyl. Sie setzen sich ein für die Anliegen der Flüchtlinge und unterstützen, beraten je nach Bedarf und ihren eigenen Ressourcen.

Die AGARP veröffentlichte zum Internationalen Tag gegen Rassismus, am 21.März 2015, eine Stellungnahme, in der Handlungsempfehlungen und Perspektiven zur Gestaltung einer Migrationsgesellschaft und einer partizipativen Flüchtlingspolitik enthalten sind.

Seit den Wahlen im November 2014 sind viele neue Personen in den Beiräten aktiv. In dieser Ausgabe unsres Newsletters stellen sich zwei Beiräte vor. Wir begrüßen an dieser Stelle nochmals alle Beiräte und wünschen viel Erfolg, Mut und Kraft für die neue Wahlperiode. Zudem berichten wir über die Arbeit unseres Landesverbands auf Landesebene sowie über migrationspolitische Themen und Veranstaltungen auf Bundesebene. Auf der letzten Seite machen wir Sie auf Aktuelles aufmerksam.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihr AGARP-Redaktionsteam

Nr. 1 / April 2015

Inhalt

| | |
|---|---|
| Editorial | 1 |
| Beirat für Migration und Integration der Stadt Worms | 2 |
| Kulturelle Vielfalt in unserer Kommune | 3 |
| Bilanz vom Förderprojekt „Vielfalt und Kompetenz vor Ort“ | 3 |
| Bündnis für Toleranz und Weltoffenheit | 4 |
| Rückblick auf die Veranstaltung am 21.03.15 in Alzey | 4 |
| AGARP Vorstandswahlen | 5 |
| Rassistische Einlasskontrollen in Diskotheken | 5 |
| Termine | 5 |

Impressum

Herausgeberin:
AGARP. Arbeitsgemeinschaft der
Beiräte für Migration und
Integration in Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz

Redaktion und Texte:
J. Adler, N. Canpolat,
A. Eppinger, I. Hoensch,
H. Tor, C. Wittmer

Kontakt
info@agarp.de
Tel. 06131/ 638435

